

# Bundesgesetzblatt <sup>1355</sup>

Teil I

Z1997A

1968	Ausgegeben zu Bonn am 21. Dezember 1968	Nr. 94
Tag	Inhalt	Seite
18. 12. 68	Verordnung über verwandte Handwerke .....	1355
18. 12. 68	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr .....	1357
	Bundesgesetzbl. III 9241-9	
19. 12. 68	Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung .....	1361
	Bundesgesetzbl. III 9232-1	
19. 12. 68	Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr ausländischer Unternehmer	1364
19. 12. 68	Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten .....	1366
19. 12. 68	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einfuhr und den Vertrieb von Saatgut nicht in der Sortenliste eingetragener Sorten .....	1368
19. 12. 68	Dritte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-VO 1969) .....	1370
19. 12. 68	Verordnung zur Anpassung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) an den Zolltarif ....	1374
19. 12. 68	Verordnung über die Verlängerung der Zuckerungsfrist bei Wein des Jahrgangs 1968 .....	1375
20. 12. 68	Zwölfte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes .....	1376
	Bundesgesetzbl. III 8232-5	
20. 12. 68	Zweite Verordnung über die Bestimmung der Beitragsklassen in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten (Zweite Beitragsklassen-Verordnung — 2. BKIV) .....	1378
19. 12. 68	Bekanntmachung der Neufassung der Anlage L zur Außenwirtschaftsverordnung .....	1379
	Bundesgesetzbl. III 7400-1-1	
<b>Hinweis auf andere Verkündungsblätter</b>		
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften .....	1385

## Verordnung über verwandte Handwerke

Vom 18. Dezember 1968

Auf Grund des § 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. 1966 I S. 1), geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzblatt I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

### § 1

Die in der Anlage zu dieser Verordnung in Spalte I aufgeführten Handwerke sind mit den unter

der gleichen Nummer in Spalte II aufgeführten Handwerken im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 2 der Handwerksordnung verwandt.

### § 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 128 der Handwerksordnung auch im Land Berlin.

### § 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1968

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Schiller

**Anlage**  
(zu § 1)

**Verzeichnis der verwandten Handwerke**

Spalte I	Spalte II
1. Bäcker	Konditoren
2. Bandagisten	Orthopädiemechaniker
3. Beton- und Stahlbetonbauer	Maurer
4. Böttcher	Weinküfer
5. Bootsbauer	Schiffbauer
6. Damenschneider	Herrenschneider
7. Dreher	Maschinenbauer (Mühlenbauer)
8. Feinmechaniker	Maschinenbauer (Mühlenbauer)
9. Feintäschner	Sattler
10. Galvanoplastiker	Stereotypeure
11. Glaser	Glasschleifer und Glasätzer
12. Glasschleifer und Glasätzer	Glaser
13. Graveure	Werkzeugmacher
14. Gürtler und Metalldrücker	Schlosser; Silberschmiede
15. Herrenschneider	Damenschneider
16. Holzbildhauer	Steinmetzen und Steinbildhauer
17. Karosseriebauer	Wagner
18. Klempner	Kupferschmiede
19. Konditoren	Bäcker
20. Kupferschmiede	Klempner
21. Landmaschinenmechaniker	Schmiede
22. Maschinenbauer (Mühlenbauer)	Dreher; Feinmechaniker; Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker); Schlosser; Werkzeugmacher
23. Maurer	Beton- und Stahlbetonbauer
24. Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker)	Maschinenbauer (Mühlenbauer); Werkzeugmacher
25. Orthopädiemechaniker	Bandagisten
26. Sattler	Feintäschner
27. Schiffbauer	Bootsbauer
28. Schlosser	Gürtler und Metalldrücker; Maschinenbauer (Mühlenbauer); Schmiede; Werkzeugmacher
29. Schmiede	Landmaschinenmechaniker; Schlosser
30. Silberschmiede	Gürtler und Metalldrücker
31. Steinmetzen und Steinbildhauer	Holzbildhauer
32. Stereotypeure	Galvanoplastiker
33. Wagner	Karosseriebauer
34. Weinküfer	Böttcher
35. Werkzeugmacher	Graveure; Maschinenbauer (Mühlenbauer); Mechaniker (Nähmaschinen-, Zweirad- und Kältemechaniker); Schlosser

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher  
und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr**

**Vom 18. Dezember 1968**

Auf Grund des § 52 des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697) wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, Fahrtennachweisbücher und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1464), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. November 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1150), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 3 wird aufgehoben.

2. § 6 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„An Stelle der Durchschläge der Beförderungs- und Begleitpapiere kann eine Monatsübersicht über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr nach Formblatt der Anlage 2 eingereicht werden.“

3. In § 6 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b wird das Wort „Zusammenstellung“ durch die Worte „Monatsübersicht nach Formblatt der Anlage 2“ ersetzt.

4. Formblatt der Anlage 2 wird das dieser Verordnung anliegende Formblatt „Monatsübersicht über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr“.

**Artikel 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 18. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr  
In Vertretung  
Wittrock

Anlage 2  
(Vorderseite links)

# Monatsübersicht

über die Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr

Monat \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_

Name (Firma): \_\_\_\_\_

Gegenstand des Unternehmens: \_\_\_\_\_

in \_\_\_\_\_, Kreis \_\_\_\_\_

(Ort)

Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

	Kraftfahrzeug*)		Mit nebenstehendem Kraftfahrzeug zusammen im Werkfernverkehr verwendete Anhänger (auch Sattelanhänger)		
	Lastkraftwagen <input type="checkbox"/> (auch Lastkraftwagen mit Spezialaufbau und Sonderkraftfahrzeuge zur Lastenbeförderung)	Zugmaschine <input type="checkbox"/> (auch Sattelzugmaschine)	1	2	3
Amtliches Kennzeichen					
Nutzlast in kg bei LKW und Anhänger					
Leistung in PS bei Zugmaschine			*) Zutreffendes ankreuzen		
Standort des Kraftfahrzeugs	a) Ort				
	b) Kreis				

Es wird versichert, daß alle in obigem Monat begonnenen Beförderungen im Werkfernverkehr in dieser Zusammenstellung vollständig enthalten und die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind. Diesem Deckblatt sind \_\_\_\_\_ Fortsetzungsblätter beigelegt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_

(Firmenstempel und Unterschrift)

**Zur Beachtung**

Diese Monatsübersicht ist wie folgt auszufüllen und einzureichen:

1. Unternehmen, die Werkverkehr betreiben, der nach dem Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs (StraGüVStG) steuerpflichtig ist, fertigen die Monatsübersicht in zwei Stücken; es sind alle Beförderungen im Werkfernverkehr und im grenzüberschreitenden Werknahverkehr aufzunehmen, auch soweit einzelne Beförderungen steuerfrei sind. Ein Stück ist als Anlage zur Steuererklärung dem Finanzamt, das zweite Stück (Durchschrift oder Ablichtung) der zuständigen Außenstelle der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr einzureichen.
2. Unternehmen, die keinen Werkfernverkehr, aber steuerpflichtigen grenzüberschreitenden Werknahverkehr durchführen, reichen die Monatsübersicht dem Finanzamt in einem Stück als Anlage zur Steuererklärung ein.
3. Unternehmen, die ausschließlich steuerfreien Werkfernverkehr betreiben, reichen die Monatsübersicht der zuständigen Außenstelle der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in einem Stück monatlich ein.
4. Die Monatsübersicht ist für jedes im Werkverkehr eingesetzte Kraftfahrzeug und für jeden Kalendermonat gesondert auszufüllen. Sie ist dem Finanzamt und der Außenstelle der Bundesanstalt bis zum 20. des dem Beförderungsmonat folgenden Monats einzureichen.

Bei vierteljährlicher Abgabe der Steuererklärung ist das für das Finanzamt bestimmte Stück bis zum 20. des dem Kalendervierteljahr folgenden Monats einzureichen.

5. Bei Verwendung von Fortsetzungsblättern bitte diese fortlaufend numerieren.
6. Der Standort eines Kraftfahrzeuges ergibt sich aus §§ 6, 6a und 51 des Güterkraftverkehrsgesetzes.
7. Erläuterungen zu den Spalten:

zu Spalte 2 und 3: Bei Beförderungen nach oder von Orten außerhalb des Bundesgebietes genauen Grenzübergang angeben. Bei grenzüberschreitendem Werknahverkehr ist neben der Angabe des Grenzüberganges der Buchstabe „N“ zu setzen.

zu Spalte 4a: Hier ist die Kilometeranzahl der für den gewerblichen Güterfernverkehr vorgeschriebenen Tarifentfernung einzutragen.

zu Spalte 4b: Spalte 4b ist nur auszufüllen, wenn eine Kürzung der Tarifentfernung nach § 2 Nr. 6 Buchstabe m StraGüVStG um 50 km oder nach § 3 Abs. 7 StraGüVStG um 170 km zulässig ist.

zu Spalte 5: Die beförderten Güter sind möglichst genau zu bezeichnen, z. B. Holzfässer, elektrische Kochtöpfe, Nähmaschinenmöbel, Leergut, Sammelbezeichnungen wie Nahrungsmittel, Kraft- und Treibstoffe, Getränke, Düngemittel reichen nicht aus.

zu Spalte 6: In Spalte 6 ist als Rohgewicht das Gewicht des beförderten Gutes einschließlich des Gewichtes der Umschließung für die Aufbewahrung und der besonderen Umschließung für den Versand anzugeben.

zu Spalte 7: Das Rohgewicht der auf einer Fahrt beförderten Güter in Spalte 6 ist auf 100 kg nach oben aufzurunden und in Tonnen umzuwandeln (100 kg = 0,1 t); z. B. 13815 kg = 13,9 t.

Werden auf einer Fahrt Güter von oder zu verschiedenen Be- oder Entladestellen befördert, so ist das Rohgewicht für Teilbeförderungen von unterschiedlicher Entfernung gesondert auf hundert Kilogramm aufzurunden.

zu Spalten 4, 6 und 7: **Besonderheiten bei Sammel- und Verteilerfahrten:**

Werden viele kleine Sendungen von oder zu verschiedenen Be- oder Entladestellen befördert, so darf von nach dem StraGüVStG steuerpflichtigen Unternehmen (s. o. Nummern 1 und 2) das Gesamtrohgewicht auf 100 kg nach oben aufgerundet und als Tarifentfernung die längste Beförderungsstrecke zugrunde gelegt werden, wenn dies in der Monatsübersicht kenntlich gemacht wird (z. B. „Verteilerfahrt“, „Sammelfahrt“ oder ein „P“ unter der tkm-Eintragung).

Unternehmen, die ausschließlich steuerfreien Werkfernverkehr betreiben, (s. o. Nr. 3) können Erleichterungen für die Eintragung derartiger Fahrten beim Kraftfahrt-Bundesamt, 239 Flensburg, Postfach, beantragen.

zu Spalte 8: Bei Fahrten ohne Anhänger bitte hier eintragen „o. A.“ = ohne Anhänger.

zu Spalten 9—13: Diese Spalten brauchen nicht von den Unternehmen ausgefüllt zu werden, die ausschließlich steuerfreien Werkfernverkehr betreiben (s. o. Nr. 3).

Die Tonnenkilometer ergeben sich durch Vervielfachung der in Spalte 4a oder 4b angegebenen Kilometeranzahl mit der in Spalte 7 angegebenen Tonnenanzahl.

Der Steuersatz richtet sich nach der Nutzlast von Kraftfahrzeug und Anhänger insgesamt, mit denen die Beförderung durchgeführt wurde. Er beträgt

5 Pf/tkm bei 6000 kg und mehr Nutzlast,  
4 Pf/tkm bei 5000 kg bis 5999 kg Nutzlast,  
3 Pf/tkm bei 4000 kg bis 4999 kg Nutzlast.

Die ermäßigten Steuersätze von 2,5 und 2 und 1,5 Pf/tkm gelten nur in den Fällen des § 5 StraGüVStG.

Die in Betracht kommenden **Steuersätze** sind in den Kopf der Spalten 9—12 einzutragen.

Sind einzelne Beförderungen steuerfrei, sind die Tonnenkilometer in Spalte 13 einzutragen.

**Anlage 2**

(Rückseite — Hochformat DIN A 3)

Nutzlast des Kraftfahrzeugs ..... kg

Zeile Nr.	Tag der Beförderung	a) Beladeort Kreis	a) Entladeort Kreis	Entfernung in km a) Tarifentf., b) gekürzte Tarifentf.	Genauere Bezeichnung und Art der beförderten Güter	Rohgewicht je Güterart in kg	Aufgerund. Rohgewicht in t	Gesamt-nutzlast des Lastzuges (einschl. Anhänger) in kg	Geleistete Tonnenkilometer				
		b) Grenzübergang							zum Steuersatz von				Steuerfrei
									..... Pf	..... Pf	..... Pf	..... Pf	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1	a)	a)	a)	a)									
	b)		b)										
2	a)	a)	a)	a)									
	b)		b)										
18	a)	a)	a)	a)									
	b)		b)										
19	a)	a)	a)	a)									
	b)		b)										
20	a)	a)	a)	a)									
	b)		b)										
Summe bzw. Zwischensumme													

**Verordnung  
zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung**

**Vom 19. Dezember 1968**

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 3 sowie der §§ 28 und 29 des Straßenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 837), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**Artikel 1**

Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Dezember 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 897), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. Oktober 1968 (Bundesgesetzblatt I S. 1093), wird wie folgt geändert:

1. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Verkehrszentralregister“.

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Kraftfahrt-Bundesamt erfaßt in einem Register (Verkehrszentralregister)

1. folgende Entscheidungen der Verwaltungsbehörden:

- a) rechtskräftige Entscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen eine Geldbuße von mehr als zwanzig Deutsche Mark festgesetzt worden ist,
- b) rechtskräftige Entscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen ein Fahrverbot nach § 25 des Straßenverkehrsgesetzes angeordnet worden ist,
- c) die unanfechtbare oder vorläufig wirksame Entziehung einer Fahrerlaubnis nach § 4 des Straßenverkehrsgesetzes,
- d) die unanfechtbare oder vorläufig wirksame Entziehung einer Fahrlehrerlaubnis nach § 11 der Fahrlehrerverordnung,
- e) die unanfechtbare Versagung einer Fahrerlaubnis nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Straßenverkehrsgesetzes,
- f) die unanfechtbare Versagung einer Fahrlehrerlaubnis nach § 3 der Fahrlehrerverordnung,
- g) die unanfechtbare Ablehnung eines Antrags auf Verlängerung der Geltungsdauer einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 15 f Abs. 2,
- h) unanfechtbare Verbote, ein Fahrzeug zu führen nach § 3,

i) die unanfechtbare Aberkennung des Rechts, von einem ausländischen Fahrausweis Gebrauch zu machen nach § 11 Abs. 2 der Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr,

k) die unanfechtbare Versagung und Rücknahme von Genehmigungen und Erlaubnissen nach § 10 Abs. 1, den §§ 78, 81 und 88, nach § 91 Abs. 1 und § 96 des Güterkraftverkehrsgesetzes,

l) die unanfechtbare Versagung von Genehmigungen nach § 15 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes und die unanfechtbare Rücknahme von Genehmigungen nach § 25 des Personenbeförderungsgesetzes;

2. folgende Entscheidungen der Gerichte:

- a) rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen eine Geldbuße von mehr als zwanzig Deutsche Mark festgesetzt worden ist,
- b) rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes, wenn gegen den Betroffenen ein Fahrverbot nach § 25 des Straßenverkehrsgesetzes angeordnet worden ist,
- c) rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten nach den §§ 142, 315 b, 315 c, 316 und 316 a des Strafgesetzbuches, den §§ 21 und 22 des Straßenverkehrsgesetzes, § 6 des Pflichtversicherungsgesetzes und § 9 des Gesetzes über die Haftpflichtversicherung für ausländische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger,
- d) rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten nach den §§ 222, 230, 315 und 315 a des Strafgesetzbuches, wenn sie im Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr begangen worden sind,
- e) rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten nach § 330 a des Strafgesetzbuches, wenn sie sich auf eine der unter Buchstabe c oder d genannten mit Strafe bedrohten Handlungen beziehen,
- f) rechtskräftige Verurteilungen, bei denen auf ein Fahrverbot nach § 37 des Strafgesetzbuches erkannt worden ist,
- g) rechtskräftige Entscheidungen, bei denen das Recht, von einem ausländischen Fahrausweis Gebrauch zu machen, nach § 42 o Abs. 1 des Strafgesetzbuches ab-erkannt worden ist,

- h) rechtskräftige Entscheidungen, bei denen die Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 42m des Strafgesetzbuches angeordnet worden ist,
  - i) rechtskräftige Entscheidungen, bei denen eine Sperre nach § 42n Abs. 1 Satz 2 des Strafgesetzbuches angeordnet worden ist,
  - k) vorläufige Entziehungen der Fahrerlaubnis nach § 111 a der Strafprozeßordnung,
  - l) Beschlüsse nach § 42n Abs. 7 des Strafgesetzbuches;
3. die Aufhebung oder Abänderung einer nach den Nummern 1 und 2 eingetragenen Entscheidung im Gnadenwege;
4. Verzichte auf die Fahrerlaubnis oder Fahrerlaubnis während eines Entziehungsverfahrens."
- c) Absatz 2 wird gestrichen.
- d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

In Satz 1 wird hinter dem Wort „Gesamtstrafe“ der Klammerzusatz „(§ 74 des Strafgesetzbuches)“ eingefügt.

2. § 13a wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Worte „in der Kartei“ durch die Worte „im Verkehrszentralregister“ ersetzt.
- b) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Eintragungen in das Verkehrszentralregister sind nach Ablauf einer bestimmten Frist zu tilgen. Die Frist beginnt mit dem im Verkehrszentralregister vermerkten Tag der beschwerenden Entscheidung. Nebenstrafen und Nebenfolgen werden bei der Berechnung der Frist nicht berücksichtigt. Die Frist beträgt:

1. zwei Jahre

- a) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a und b sowie Nr. 2 Buchstaben a und b,
- b) wenn auf Geldstrafe von nicht mehr als fünfhundert Deutsche Mark, auf Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel erkannt worden ist,
- c) wenn die Schuld nach § 27 des Jugendgerichtsgesetzes festgestellt, die Jugendstrafe nach § 20 des Jugendgerichtsgesetzes zur Bewährung ausgesetzt oder eine Verurteilung nach § 13 Abs. 2 Satz 2 eingetragen worden ist,

2. drei Jahre

- a) wenn auf Jugendstrafe erkannt worden ist,
- b) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben c, e, h und i, Nr. 2 Buchstaben f, g, h und i, wenn der Betroffene im Zeitpunkt der beschwerenden Entscheidung noch nicht achtzehn Jahre alt war,

3. fünf Jahre

- a) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben h und i sowie Nr. 2 Buchstaben f und g,
- b) wenn auf Freiheitsstrafe von nicht mehr als drei Monaten oder auf Geldstrafe von mehr als fünfhundert Deutsche Mark erkannt worden ist,

4. zehn Jahre

- a) in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben c, d, e, f, g, k und l sowie Nr. 2 Buchstaben h, i und k sowie Nr. 4,
- b) wenn auf Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten — mit Ausnahme von Jugendstrafe — erkannt worden ist,

5. dreißig Jahre

in den Fällen des § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben c, d, h und i, Nr. 2 Buchstaben g, h und i, sofern sich die Entscheidung auf einen längeren Zeitraum als 10 Jahre bezieht.

(2) Eintragungen von Freiheitsstrafen hindern die Tilgung der Eintragung anderer gerichtlicher Entscheidungen und Entscheidungen einer Verwaltungsbehörde wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes."

c) Absatz 3 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Eintragungen über Entscheidungen, wenn sie im Strafregister nach § 8 des Straftilgungsgesetzes der beschränkten Auskunft unterworfen werden, wenn die Tilgung oder die Beseitigung des Strafaktes (§ 96 Abs. 3 Satz 1 und § 97 des Jugendgerichtsgesetzes) angeordnet oder wenn die Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren oder nach den §§ 86, 102 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig aufgehoben wird,“.

d) In Absatz 5 erhält Satz 2 folgende Fassung: „Dies gilt nicht, wenn eine Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren oder nach den §§ 86, 102 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig aufgehoben worden ist.“

e) In Absatz 7 werden die Worte „der Kartei“ durch die Worte „dem Verkehrszentralregister“ ersetzt.

3. § 13b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 1, 3 und 4 werden die Worte „die Kartei“ durch die Worte „das Verkehrszentralregister“ ersetzt.

Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. rechtskräftige Beschlüsse, durch welche die Wiederaufnahme eines Verfahrens angeordnet wird, das durch eine im Verkehrszentralregister eingetragene rechtskräftige Bußgeldentscheidung oder durch

ein im Verkehrszentralregister eingetragenes rechtskräftiges Urteil abgeschlossen worden ist,“.

Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6 und erhält folgende Fassung:

„6. Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren oder nach den §§ 86, 102 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, durch die eine in das Verkehrszentralregister eingetragene Entscheidung rechtskräftig aufgehoben oder geändert wird,“.

Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7. Die Worte „der Kartei“ werden durch die Worte „dem Verkehrszentralregister“ ersetzt.

- b) Absatz 2 wird gestrichen.
  - c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2. In Satz 2 wird das Wort „strafgerichtlichen“ durch das Wort „gerichtlichen“ ersetzt.
4. § 13 c wird aufgehoben.
5. Der bisherige § 13 d wird § 13 c. Satz 3 wird gestrichen.
6. Der bisherige § 13 e wird § 13 d. Die Worte „§ 13 c“ werden durch die Worte „§ 30 des Straßenverkehrsgesetzes“, die Worte „§ 13 d“ jeweils durch die Worte „§ 13 c“ ersetzt.
7. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Sonderbestimmungen für Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis

(1) Dem Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis ist die deutsche Fahrerlaubnis für die entsprechende Klasse von Kraftfahrzeugen zu erteilen, wenn

- 1. keine Bedenken gegen seine Eignung bestehen,
- 2. er seinen Wohnsitz im Inland hat,
- 3. er sich seit einem Jahr überwiegend im Inland aufgehalten hat,
- 4. er während dieser Zeit ein Kraftfahrzeug der beantragten Fahrerlaubnisklasse geführt hat.

(2) Erfüllt der Antragsteller die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 2 bis 4 nicht, ist die Fahrerlaubnis zu erteilen, wenn er ausreichende Kenntnisse der deutschen Verkehrsvorschriften in einer Prüfung nachweist.“

8. § 52 Abs. 4 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart oder Einrichtung zur Pannenhilfe geeignet und nach dem Kraftfahrzeugschein als Pannenhilfsfahrzeuge anerkannt sind. Die Zulassungsstelle kann zur Vorbereitung ihrer Entscheidung die Beibringung des Gutachtens eines amtlich anerkannten Sachverständigen oder Prüfers für den Kraftfahrzeugverkehr darüber anordnen, ob das Kraftfahrzeug nach seiner Bauart oder Einrichtung zur Pannenhilfe geeignet ist;“.

9. In § 72 Abs. 2 erhält die Übergangsbestimmung zu § 52 Abs. 4 (Kennleuchten für gelbes Blinklicht) folgende Fassung:

„§ 52 Abs. 4 Nr. 3 (Kennleuchten für gelbes Blinklicht für Pannenhilfsfahrzeuge)

Abschleppwagen sowie andere nach ihrer Bauart oder Einrichtung zur Pannenhilfe geeignete Kraftfahrzeuge, denen das Führen von Kennleuchten mit gelbem Blinklicht genehmigt worden ist, dürfen bis zum 1. Juli 1969 auch dann mit solchen Kennleuchten ausgerüstet sein, wenn sie noch nicht nach dem Kraftfahrzeugschein als Pannenhilfsfahrzeuge anerkannt sind.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 166 des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503) auch im Land Berlin.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr  
Georg Leber

**Verordnung  
über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr  
ausländischer Unternehmer**

**Vom 19. Dezember 1968**

Auf Grund des § 103 Abs. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Genehmigung des nach § 8 Abs. 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes genehmigungspflichtigen grenzüberschreitenden Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen, die im Ausland oder in den unter ausländischer Verwaltung stehenden Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zugelassen sind, und für das Genehmigungsverfahren gelten von den Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes über die Genehmigung (Zweiter Abschnitt, Erster Titel) nur § 10 Abs. 3, § 11 Satz 3, § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1. Daneben sind die Vorschriften der §§ 2 bis 5 dieser Verordnung anzuwenden.

§ 2

(1) Die Genehmigung wird dem Unternehmer erteilt, wenn der grenzüberschreitende Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen durchgeführt wird, die in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zugelassen sind. Sie darf jeweils nur für ein einziges Kraftfahrzeug verwendet werden.

(2) Im übrigen wird die Genehmigung dem Unternehmer für ein bestimmtes Kraftfahrzeug erteilt.

(3) Die Genehmigung wird für einen bestimmten Zeitraum, der mindestens einen Kalendertag beträgt, erteilt. Die Zahl der Fahrten, die innerhalb dieses Zeitraums durchgeführt werden dürfen, kann beschränkt werden.

(4) Die Genehmigung ist im Fahrzeug mitzuführen und den zuständigen Kontrollbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 3

Die Genehmigung wird nur einem Unternehmer erteilt, der in dem Staat oder Gebiet, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, Güterkraftverkehr für

andere betreiben darf und über den keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen seine Zuverlässigkeit ergeben.

§ 4

(1) Für die Erteilung der Genehmigung ist der Bundesminister für Verkehr zuständig.

(2) Die Genehmigung wird von der zuständigen Stelle des Staates oder Gebietes ausgegeben, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist, falls dies internationale Verwaltungsabkommen vorsehen oder das Kraftfahrzeug in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zugelassen ist. In allen anderen Fällen wird die Genehmigung von der durch die Landesregierung bestimmten Behörde ausgegeben.

§ 5

Keiner Genehmigung bedürfen

1. die nach § 4 des Güterkraftverkehrsgesetzes von den Vorschriften dieses Gesetzes ausgenommenen Beförderungen;
2. die gelegentliche Beförderung von Gütern nach und von Flughäfen bei Umleitung der Flugdienste;
3. die Beförderung von Gepäck in Anhängern an Kraftfahrzeugen, mit denen bestimmungsgemäß Reisende befördert werden, und die Beförderung von Gepäck mit Fahrzeugen sämtlicher Art nach und von Flughäfen;
4. die Beförderung von beschädigten Fahrzeugen;
5. die Beförderung von Müll und Fäkalien;
6. die Beförderung von Tierkörpern zur Tierkörperbeseitigung;
7. die Beförderung von Kunstgegenständen und Kunstwerken;
8. die gelegentliche Beförderung von Gegenständen und Material ausschließlich zur Werbung und Unterrichtung;
9. die Beförderung von Geräten und Zubehör zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen, Schaustellungen oder Jahrmärkten sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen sowie
10. Beförderungen in einem Grenzgebiet mit einer Tiefe von 25 Kilometern in der Luftlinie diesseits der Grenze, wenn die Beförderung in einem

Grenzgebiet mit einer Tiefe von 25 Kilometern in der Luftlinie jenseits der Grenze beginnt oder endet und die Gesamtdistanz der Beförderung nicht mehr als 50 Kilometer in der Luftlinie beträgt.

§ 6

(1) Der grenzüberschreitende Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen, die im Ausland oder in den unter ausländischer Verwaltung stehenden Gebieten des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zugelassen sind, ist genehmigungspflichtig.

(2) Für die Genehmigung und das Genehmigungsverfahren gelten die Vorschriften der §§ 2 bis 5 dieser Verordnung. Daneben sind von den Vorschriften des Güterkraftverkehrsgesetzes über die Genehmigung (Zweiter Abschnitt, Erster Titel) § 10 Abs. 3, § 11 Satz 3, § 13 Abs. 1 und § 15 Abs. 1 entsprechend anzuwenden.

§ 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 99 Abs. 1 Nr. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine der Vorschriften des § 2 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 4 verstößt.

§ 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr  
Georg Leber

**Verordnung  
über den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr  
im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68  
über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr  
zwischen den Mitgliedstaaten**

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 103 Abs. 3 und des § 57 Abs. 2 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 17. Oktober 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 697), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Erteilung und Entziehung der Gemeinschaftsgenehmigungen, die nach der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Juli 1968 über die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 175 S. 13 und Nr. L 233 S. 6) der Bundesrepublik Deutschland zugewiesen werden, gelten neben den Vorschriften dieser Verordnung die Vorschriften des § 10 Abs. 1 und 2, § 11 Satz 2 und 3, § 13 Abs. 1, § 15 Abs. 1 und 5, § 19 und § 78 des Güterkraftverkehrsgesetzes sinngemäß.

§ 2

Die Gemeinschaftsgenehmigung wird nur einem Unternehmer erteilt, der

1. Inhaber einer Genehmigung für den allgemeinen oder den grenzüberschreitenden Güterfernverkehr oder für den Möbelfernverkehr ist und
2. die Voraussetzungen dafür erfüllt, daß die Genehmigung hinreichend und nicht nur auf bilaterale Beförderungen beschränkt ausgenutzt wird.

§ 3

Die Gemeinschaftsgenehmigung darf jeweils nur für ein einziges Fahrzeug verwendet werden, für das nach § 11 Satz 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes eine Genehmigung für den allgemeinen oder den grenzüberschreitenden Güterfernverkehr oder den Möbelfernverkehr erteilt ist. Die Genehmigung ist im Fahrzeug mitzuführen und den zuständigen Kontrollbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 4

(1) Für die Erteilung der Gemeinschaftsgenehmigungen im Rahmen der der Bundesrepublik Deutsch-

land zugewiesenen Gesamtzahl ist der Bundesminister für Verkehr zuständig.

(2) Die Grundsätze für die Erteilung und das dabei anzuwendende Verfahren werden durch eine Richtlinie geregelt, die der Bundesminister für Verkehr im Benehmen mit den obersten Verkehrsbehörden der Länder erläßt.

§ 5

(1) Zuständige Stelle im Sinne des Artikels 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 ist die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.

(2) Bei der Übermittlung der nach Artikel 5 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1018/68 vorgeschriebenen Angaben, die monatlich in vierfacher Ausfertigung an die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr zu erfolgen hat, nämlich

- der technischen Merkmale der verwendeten Fahrzeuge,
- des Ortes der Beladung und Entladung,
- des Tages und der Stunde der Abfahrt vom Ort der Beladung und des Tages und der Stunde der Ankunft am Ort der Entladung,
- der Fahrtstrecke mit Ladung und ohne Ladung,
- des Gewichtes und der Art der beförderten Waren,

hat der Inhaber einer Gemeinschaftsgenehmigung ein Formular nach dem Muster zu verwenden, das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften durch die Verordnung Nr. 1224/68 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 204 S. 1) festgelegt ist.

(3) Die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr leitet die Angaben monatlich an den Bundesminister für Verkehr zur Übermittlung an die Kommission weiter.

(4) Die Angaben dürfen nur für statistische Zwecke verwendet werden. Die Verwendung für steuerliche Zwecke und die Weitergabe an Dritte ist nicht statthaft.

§ 6

Die Gemeinschaftsgenehmigung kann unbeschadet der Vorschriften des § 78 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Falle einer unzureichenden oder auf bilaterale Beförderungen beschränkten Ausnutzung auf Grund der Angaben nach § 5 entzogen werden.

§ 7

Ordnungswidrig im Sinne des § 99 Abs. 1 Nr. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine der Vorschriften des § 3 oder des § 5 Abs. 2 verstößt.

§ 8

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Verkehr  
Georg Leber

---

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung über die Einfuhr und den Vertrieb von Saatgut  
nicht in der Sortenliste eingetragener Sorten**

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 35 Abs. 1 und des § 83 des Saatgutverkehrsgesetzes vom 20. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 444) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**Artikel 1**

Die Verordnung über die Einfuhr und den Vertrieb von Saatgut nicht in der Sortenliste eingetragener Sorten vom 10. Juni 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 617) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden hinter der Zahl „10“ ein Komma und die Zahl „11“ eingefügt.
2. § 1 Abs. 1 erhält folgenden neuen Satz 3:  
„Für Saatgut von Sorten der in der Anlage 1 unter der laufenden Nummer 11 aufgeführten Art ist eine Einfuhr nur bis zum 30. Juni 1970 und ein Vertrieb nur bis zum 30. Juni 1972 unter der dort aufgeführten Bezeichnung zulässig.“
3. In § 2 Satz 1 wird die Jahreszahl „1970“ durch die Jahreszahl „1972“ ersetzt.
4. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In der laufenden Nummer 28 werden hinter der Sortenbezeichnung „Westländer“ die synonyme Bezeichnung „(Westo)\*“ und in der laufenden Nummer 31 hinter der Sortenbezeichnung „Winterfürst“ die synonyme Bezeichnung „(Wigro)\*“ eingefügt.
  - b) Die folgenden laufenden Nummern werden durch Aufnahme der nachstehenden Sortenangaben ergänzt:

Lfd. Nr.	Art und Bezeichnung der Sorte
23	<b>Speisezwiebeln</b> Braunschweiger dunkelblutrote Fortuna Produrijn Ruby Weiße Frühlingszwiebel
25	<b>Rote Rüben</b> Ägyptische plattrunde Asgrow Wonder Red Pack
28	<b>Grünkohl</b> Vates

Lfd. Nr.	Art und Bezeichnung der Sorte
29	<b>Rotkohl</b> Gebeha
30	<b>Weißkohl</b> Augusta Antiplatz Dural Vezufa
31	<b>Wirsing</b> Algro Groenland Novum Zwijndrechter Put
32	<b>Herbstrüben, Stoppelrüben</b> Brabo Herniefesta Rodeleicht
33	<b>Mairüben</b> Holländische Weiße
34	<b>Möhren</b> Amsterdamer Treib Berlicumer Fancy Hicolor 9 Long Imperator
35	<b>Petersilie</b> Bravour Plain
39	<b>Rettich</b> Langer schwarzer Runder schwarzer
40	<b>Radieschen</b> Early Scarlet Globe Globemaster Halblanges rotes mit weißer Spitze Kabouter Red Prince Stoptite
41	<b>Feldsalat</b> Rouen
42	<b>Dicke Bohnen, Puffbohnen</b> Canner 45 Compacta Bont

c) Hinter den laufenden Nummern 33 und 40 werden folgende laufende Nummern 33a und 40a eingefügt:

33 a **Endivie**

Gelber Escariol  
Grüne große krause  
Rosa Bella  
Solida

40 a **Schwarzwurzeln**

Westlandia

d) Die Sortenangaben in den laufenden Nummern 36, 37 und 38 werden gestrichen.

5. In der Anlage 2 werden folgende laufende Nummern angefügt:

8. Buschbohnen
9. Stangenbohnen
10. Gemüseerbsen.

**Artikel 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 87 des Saatgutverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten  
Hermann Höcherl

---

**Dritte Verordnung  
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz  
(Anrechnungs-VO 1969)**

**Vom 19. Dezember 1968**

Auf Grund des § 33 Abs. 6, des § 33a Satz 3, des § 33b Abs. 5 Satz 3, des § 41 Abs. 3, des § 47 Abs. 2 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung vom 20. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 141), geändert durch das Finanzänderungsgesetz 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

**§ 1**

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33a Satz 3, § 33b Abs. 5 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

**§ 2**

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

**§ 3**

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das

Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

**§ 4**

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

- a) Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 100 bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 6,68 Deutsche Mark und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 4,25 Deutsche Mark je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.
- b) Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 100 je Stufe ein Betrag in Höhe von 2,70 Deutsche Mark hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

**§ 5**

Diese Verordnung gilt zur Feststellung der in § 1 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche für Zeiträume im Kalenderjahr 1969 bestehen.

**§ 6**

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 91 des Bundesversorgungsgesetzes auch im Land Berlin.

**§ 7**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung  
Hans Katzer

## Anlage zu § 1

**Tabelle**  
**über das anzurechnende Einkommen**  
**und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente**  
**Gültig für das Kalenderjahr 1969**

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen DM	Ausgleichsrenten									Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit bis zu DM	übrige Einkünfte bis zu DM			Beschädigte mit einer MdE um					Witwen DM	Vollwaisen DM	Halbwaisen DM	Elternpaar DM	Elternanteil DM	
				100 v. H. DM	90 v. H. DM	80 v. H. DM	70 v. H. DM	50,60 v. H. DM						
147	64	0	0	270	240	200	165	120	150	110	80	200	135	
153	68	1	2	268	238	198	163	118	148	108	78	198	133	
160	72	2	5	265	235	195	160	115	145	105	75	195	130	
167	76	3	8	262	232	192	157	112	142	102	72	192	127	
173	81	4	10	260	230	190	155	110	140	100	70	190	125	
180	85	5	13	257	227	187	152	107	137	97	67	187	122	
187	89	6	16	254	224	184	149	104	134	94	64	184	119	
193	93	7	18	252	222	182	147	102	132	92	62	182	117	
200	98	8	21	249	219	179	144	99	129	89	59	179	114	
207	102	9	24	246	216	176	141	96	126	86	56	176	111	
213	106	10	27	243	213	173	138	93	123	83	53	173	108	
220	110	11	29	241	211	171	136	91	121	81	51	171	106	
227	115	12	32	238	208	168	133	88	118	78	48	168	103	
233	119	13	35	235	205	165	130	85	115	75	45	165	100	
240	123	14	37	233	203	163	128	83	113	73	43	163	98	
247	127	15	40	230	200	160	125	80	110	70	40	160	95	
253	132	16	43	227	197	157	122	77	107	67	37	157	92	
260	136	17	45	225	195	155	120	75	105	65	35	155	90	
267	140	18	48	222	192	152	117	72	102	62	32	152	87	
273	144	19	51	219	189	149	114	69	99	59	29	149	84	
280	149	20	54	216	186	146	111	66	96	56	26	146	81	
287	153	21	56	214	184	144	109	64	94	54	24	144	79	
293	157	22	59	211	181	141	106	61	91	51	21	141	76	
300	161	23	62	208	178	138	103	58	88	48	18	138	73	
307	166	24	64	206	176	136	101	56	86	46	16	136	71	
314	170	25	67	203	173	133	98	53	83	43	13	133	68	
320	174	26	70	200	170	130	95	50	80	40	10	130	65	
327	178	27	72	198	168	128	93	48	78	38	8	128	63	
334	183	28	75	195	165	125	90	45	75	35	5	125	60	
340	187	29	78	192	162	122	87	42	72	32	2	122	57	
347	191	30	81	189	159	119	84	39	69	29	0	119	54	
354	195	31	83	187	157	117	82	37	67	27		117	52	
360	200	32	86	184	154	114	79	34	64	24		114	49	
367	204	33	89	181	151	111	76	31	61	21		111	46	
374	208	34	91	179	149	109	74	29	59	19		109	44	
380	212	35	94	176	146	106	71	26	56	16		106	41	
387	217	36	97	173	143	103	68	23	53	13		103	38	
394	221	37	99	171	141	101	66	21	51	11		101	36	
400	225	38	102	168	138	98	63	18	48	8		98	33	
407	229	39	105	165	135	95	60	15	45	5		95	30	
414	234	40	108	162	132	92	57	12	42	2		92	27	
420	238	41	110	160	130	90	55	10	40	0		90	25	
427	242	42	113	157	127	87	52	7	37			87	22	
434	246	43	116	154	124	84	49	4	34			84	19	
440	251	44	118	152	122	82	47	2	32			82	17	
447	255	45	121	149	119	79	44	0	29			79	14	
454	259	46	124	146	116	76	41		26			76	11	
460	263	47	126	144	114	74	39		24			74	9	
467	268	48	129	141	111	71	36		21			71	6	
474	272	49	132	138	108	68	33		18			68	3	
481	276	50	135	135	105	65	30		15			65	0	
487	280	51	137	133	103	63	28		13			63		
494	285	52	140	130	100	60	25		10			60		
501	289	53	143	127	97	57	22		7			57		





**Verordnung  
zur Anpassung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer)  
an den Zolltarif**

Vom 19. Dezember 1968

Auf Grund des § 26 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) vom 29. Mai 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 545), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) vom 18. Oktober 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 991), wird verordnet:

§ 1

Die Liste der dem Steuersatz von fünfundeinhalb vom Hundert unterliegenden Gegenstände (Anlage 1 des Gesetzes) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:  
„a) Pferde, ausgenommen Wildpferde (aus Nr. 01.01 – A des Zolltarifs),“.
2. Die Klammerhinweise in Nummer 18 Buchstaben c und d werden jeweils durch den Klammerhinweis „(aus Nr. 12.07 – K des Zolltarifs)“ ersetzt.
3. Der Klammerhinweis in Nummer 21 Buchstabe c wird durch den Klammerhinweis „(aus Nr. 15.03 – C des Zolltarifs)“ ersetzt.

4. Nummer 34 erhält folgende Fassung:

„34. Speisesalz, nicht in wäßriger Lösung (aus Nr. 25.01 – A – II – b des Zolltarifs).“

5. Der Klammerhinweis in Nummer 42 Buchstabe d wird durch den Klammerhinweis „(aus Nr. 44.09 des Zolltarifs)“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 32 des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1968 in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister der Finanzen  
In Vertretung  
Grund

**Verordnung  
über die Verlängerung der Zuckerungsfrist bei Wein  
des Jahrgangs 1968**

**Vom 19. Dezember 1968**

Auf Grund des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Weingesetzes vom 25. Juli 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 356), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), in Verbindung mit dem Gesetz über den Übergang von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Rechts des Gesundheitswesens vom 29. Juli 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 560) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Weine des Jahrgangs 1968 wird die Zuckerungsfrist des § 3 Abs. 2 des Weingesetzes bis zum 31. März 1969 verlängert.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes vom 4. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 595) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Gesundheitswesen  
In Vertretung  
**Prof. Dr. von Manger-Koenig**

---

**Zwölfte Verordnung  
zur Ergänzung der Verordnung  
über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung  
und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes**

**Vom 20. Dezember 1968**

Auf Grund des § 1256 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 33 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die Anlage zu § 1 Abs. 3 der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 9. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 696) wird durch die dieser Verordnung als Anlage beigefügte Tabelle für das Kalenderjahr 1967 ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 § 6 des Arbeiterrentenversicherungs - Neuregelungsgesetzes und Artikel 3 § 5 des Angestelltenversicherungs - Neuregelungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft.

Bonn, den 20. Dezember 1968

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung  
Hans Katzer

Rentenversicherung der Arbeiter — Rentenversicherung der Angestellten  
Kalenderjahr 1967

Tabelle A

Brutto-Jahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark

	0	1 000,—	2 000,—	3 000,—	4 000,—	5 000,—	6 000,—	7 000,—	8 000,—	9 000,—	10 000,—	11 000,—	12 000,—	13 000,—	14 000,—	15 000,—	16 000,—
0	—	9,79	19,57	29,36	39,14	48,93	58,71	68,50	78,29	88,07	97,86	107,64	117,43	127,21	137,00	146,79	156,57
100,—	0,98	10,76	20,55	30,34	40,12	49,91	59,69	69,48	79,26	89,05	98,84	108,62	118,41	128,19	137,98	147,76	157,55
200,—	1,96	11,74	21,53	31,31	41,10	50,89	60,67	70,46	80,24	90,03	99,81	109,60	119,39	129,17	138,96	148,74	158,53
300,—	2,94	12,72	22,51	32,29	42,08	51,86	61,65	71,44	81,22	91,01	100,79	110,58	120,36	130,15	139,94	149,72	159,51
400,—	3,91	13,70	23,49	33,27	43,06	52,84	62,63	72,41	82,20	91,99	101,77	111,56	121,34	131,13	140,91	150,70	160,49
500,—	4,89	14,68	24,46	34,25	44,04	53,82	63,61	73,39	83,18	92,96	102,75	112,54	122,32	132,11	141,89	151,68	161,46
600,—	5,87	15,66	25,44	35,23	45,01	54,80	64,59	74,37	84,16	93,94	103,73	113,51	123,30	133,09	142,87	152,66	162,44
700,—	6,85	16,64	26,42	36,21	45,99	55,78	65,56	75,35	85,14	94,92	104,71	114,49	124,28	134,06	143,85	153,64	163,42
800,—	7,83	17,61	27,40	37,19	46,97	56,76	66,54	76,33	86,11	95,90	105,69	115,47	125,26	135,04	144,83	154,61	164,40
900,—	8,81	18,59	28,38	38,16	47,95	57,74	67,52	77,31	87,09	96,88	106,66	116,45	126,24	136,02	145,81	155,59	—

Tabelle B

Brutto-Jahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark

	0	10,—	20,—	30,—	40,—	50,—	60,—	70,—	80,—	90,—
0	—	0,10	0,20	0,29	0,39	0,49	0,59	0,68	0,78	0,88
1,—	0,01	0,11	0,21	0,30	0,40	0,50	0,60	0,69	0,79	0,89
2,—	0,02	0,12	0,22	0,31	0,41	0,51	0,61	0,70	0,80	0,90
3,—	0,03	0,13	0,23	0,32	0,42	0,52	0,62	0,71	0,81	0,91
4,—	0,04	0,14	0,23	0,33	0,43	0,53	0,63	0,72	0,82	0,92
5,—	0,05	0,15	0,24	0,34	0,44	0,54	0,64	0,73	0,83	0,93
6,—	0,06	0,16	0,25	0,35	0,45	0,55	0,65	0,74	0,84	0,94
7,—	0,07	0,17	0,26	0,36	0,46	0,56	0,66	0,75	0,85	0,95
8,—	0,08	0,18	0,27	0,37	0,47	0,57	0,67	0,76	0,86	0,96
9,—	0,09	0,19	0,28	0,38	0,48	0,58	0,68	0,77	0,87	0,97

**Zweite Verordnung  
über die Bestimmung der Beitragsklassen  
in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten  
(Zweite Beitragsklassen-Verordnung — 2. BKIV)**

Vom 20. Dezember 1968

Auf Grund des § 1387 Abs. 1 und des § 1388 der Reichsversicherungsordnung sowie des § 114 Abs. 1 und des § 115 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für Pflichtversicherte, die selbst die Beiträge zu entrichten haben (§ 1405 der Reichsversicherungsordnung und § 127 des Angestelltenversicherungsgesetzes), werden nach der Höhe der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte oder Bruttoarbeitseinkommen folgende Beitragsklassen bestimmt:

Beitrags- klasse	Bruttoarbeitsentgelt oder Bruttoarbeitseinkommen im Monat	Monats- beitrag
100	bis 150 DM	16 DM
200	von mehr als 150 bis 250 DM	32 DM
300	von mehr als 250 bis 350 DM	48 DM
400	von mehr als 350 bis 450 DM	64 DM
500	von mehr als 450 bis 550 DM	80 DM
600	von mehr als 550 bis 650 DM	96 DM
700	von mehr als 650 bis 750 DM	112 DM
800	von mehr als 750 bis 850 DM	128 DM
900	von mehr als 850 bis 950 DM	144 DM
1000	von mehr als 950 bis 1 050 DM	160 DM
1100	von mehr als 1 050 bis 1 150 DM	176 DM
1200	von mehr als 1 150 bis 1 250 DM	192 DM
1300	von mehr als 1 250 bis 1 350 DM	208 DM
1400	von mehr als 1 350 bis 1 450 DM	224 DM
1500	von mehr als 1 450 bis 1 550 DM	240 DM
1600	von mehr als 1 550 bis 1 650 DM	256 DM
1700	von mehr als 1 650 DM	272 DM

§ 2

Für die Weiterversicherung (§ 1233 der Reichsversicherungsordnung und § 10 des Angestelltenversicherungsgesetzes) werden folgende Beitragsklassen bestimmt:

Beitragsklasse	Monatsbeitrag
100	16 DM
200	32 DM
300	48 DM

Beitragsklasse	Monatsbeitrag
400	64 DM
500	80 DM
600	96 DM
700	112 DM
800	128 DM
900	144 DM
1000	160 DM
1100	176 DM
1200	192 DM
1300	208 DM
1400	224 DM
1500	240 DM
1600	256 DM
1700	272 DM

§ 3

Für die Höherversicherung (§ 1234 der Reichsversicherungsordnung und § 11 des Angestelltenversicherungsgesetzes) werden folgende Beitragsklassen bestimmt:

Monatsbeitrag

16 DM
48 DM
80 DM
128 DM
176 DM
224 DM
272 DM

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 21 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom 21. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1259) auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1969 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Erste Beitragsklassen-Verordnung vom 27. Dezember 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 1368) außer Kraft.

Bonn, den 20. Dezember 1968

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung  
Hans Katzer

**Bekanntmachung**  
**der Neufassung der Anlage I zur Außenwirtschaftsverordnung**  
**Vom 19. Dezember 1968**

Auf Grund des § 2 der Fünfzehnten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) vom 5. Dezember 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1306) wird nachstehend der Wortlaut der Anlage I zur AWV in der jetzt geltenden Fassung bekanntgegeben, wie sie sich aus der oben angeführten Änderungsverordnung und der auf Grund der Neunten Änderungsverordnung vom 23. August 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 521) bekanntgegebenen Neufassung der AWV vom 20. Dezember 1966 (Bundesgesetzbl. 1967 I S. 1) und der Elften Verordnung zur Änderung der AWV vom 29. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 614) ergibt.

Die Rechtsvorschriften sind auf Grund des § 27 in Verbindung mit den §§ 2, 5 bis 8 Abs. 1 und 3, §§ 10, 11, 14, 17, 18, 20, 21, 23, 26, § 33 Abs. 2 bis 5, §§ 34 und 46 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Durchführungsgesetzes EWG Getreide, Reis, Schweinefleisch, Eier und Geflügelfleisch sowie des Zuckergesetzes vom 30. Juli 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 874), erlassen worden.

Bonn, den 19. Dezember 1968

Der Bundesminister für Wirtschaft  
In Vertretung  
Dr. von Dohnanyi

**Anlage L**  
**zur Außenwirtschaftsverordnung**

**Länderliste C**

Albanien  
Bulgarien  
Korea, Nord-  
Kuba  
Mongolische Volksrepublik  
Polen  
Rumänien  
Sowjetunion  
Tschechoslowakei  
Ungarn  
Vietnam, Nord-  
Volksrepublik China

**Länderliste D**

Belgien  
Brasilien  
Dänemark  
Frankreich  
Ghana  
Griechenland  
Großbritannien und Nordirland;  
Antigua; Bahamainseln; Bermuda; Britisch-Honduras;  
Britische Salomoninseln; Britische Jungferninseln;  
Brunei; Falklandinseln; Fidschi; Gibraltar; Gilbert- und  
Ellice-Inseln; Hongkong<sup>4)</sup>; Montserrat; Seychellen;  
St. Helena; St. Kitts; St. Lucia; St. Vincent; Wind-  
ward-Inseln  
Irland<sup>1)</sup>  
Italien  
Japan  
Jugoslawien<sup>2)</sup>  
Kanada  
Luxemburg  
Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)  
Mauritius  
Marokko  
Niederlande  
Nigeria  
Norwegen  
Österreich  
Portugal; Angola; Macau; Mosambik  
Rhodesien, Süd-  
Singapur  
Spanien<sup>3)</sup>  
Südafrika, Republik<sup>1)</sup>  
Südjemen  
Schweiz; Liechtenstein  
Taiwan (Formosa)  
Türkei  
Tunesien  
Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:  
Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jung-  
ferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe;  
Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam,  
Karolinen, Marianen, Marshallinseln  
Vietnam, Süd-

<sup>1)</sup> = End Use Certificate

<sup>2)</sup> = Endverbleibsbestätigung

<sup>3)</sup> = Verbleibsbescheinigung der spanischen diplomatischen  
Vertretungen

<sup>4)</sup> = Einfuhrgenehmigung

**Länderliste E**

Land	Ausstellende Behörde
Australischer Bund	Department of Trade and Customs Canberra
Belgien	Office Central des Contingents et Licences Bruxelles
Bolivien	Banco Central La Paz
Bundesrepublik Deutschland	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft Frankfurt a. M.
Chile	Departamento del Cobre Jefe, Division Comercial Santiago
Dänemark	Handelsministeriets Licenskontor Kopenhagen K
Frankreich	Ministère de l'Economie et des Finances Direction Générale des Douanes et Droits Indirects Division G — Autorisations Commerciales Paris
Griechenland	Bank of Greece Athen
Großbritannien und Nordirland	The Controller Export Licensing Branch Board of Trade London E.C. 4
Gibraltar	The Controller of Civil Supplies Colonial Secretariat Gibraltar
Hongkong	Director of Commerce and Industry Hong Kong
Italien	Ministero delle Finanze Direzione Generale delle Dogane Roma
Japan	Ministry of International Trade and Industry Export Licensing Office Tokyo
Kanada	Chief Export and Import Permits Section Department of Trade and Com- merce Ottawa
Luxemburg	Ministère des Affaires Etran- gères Office des Licences Luxembourg

Land	Ausstellende Behörde	Länderliste F 1
Marokko	Direction du Commerce, Service du Commerce Extérieur, Bureau des Importations et Ap- provisionnement Généraux Rabat	Albanien Bulgarien Ceylon Chile Ecuador Kolumbien Korea, Nord- Kuba Liberia Mongolische Volksrepublik Panama ohne Kanalzone Polen Rumänien Sowjetunion Syrien Tschechoslowakei Ungarn Vereinigte Arabische Republik (Ägypten) Vietnam, Nord- Volksrepublik China
Neuseeland	Controller of Customs Wellington	
Niederlande	Centrale Dienst voor In- en Uitvoer Den Haag	
Norwegen	Handelsdepartementet Direktoratet for eksport- og importregulering Oslo	
Peru	Ministerio de Hacienda y Co- mercio Dirección General de Comercio Departamento de Exportaciones Lima	
Philippinen	Export Control Committee Department of Commerce and Industry Manila	
Portugal	Ministerio da Economia Direcção-General do Comercio Repartição do Licenciamento do Comercio Externo Lisboa	
Rhodesien, Süd-	Federal Ministry of Commerce and Industry Salisbury	
Schweden*)	State Trade and Industry Com- mission Stockholm	
Schweiz*)	Eidgenössisches Volksdeparte- ment Handelsabteilung Sektion für Ein- und Ausfuhr Bern	
Südafrika, Republik	Department of Commerce and Industries Pretoria	
Türkei	Ministry of Commerce Department of Foreign Com- merce Ankara	
Tunesien	Direction des Finances Service des Finances Extérieures Tunis	
Vereinigte Staaten von Amerika	United States Department of Commerce Office of Export Control Washington 25 D.C.	
		<b>Länderliste F 2</b>
		Afghanistan Algerien Andorra Angola Argentinien Aruba Äthiopien Australischer Bund; Papua; Neuguinea; Norfolkinsel; Kokosinseln Bahrain Barbados Belgien-Luxemburg Bhutan Bolivien Botsuana Brunei Burundi Costa Rica Curacao, einschl. Bonaire, Saba, St. Eustatius u. südl. Teil von St. Martin Dahome Dänemark und Färöer, Grönland Dominikanische Republik Elfenbeinküste El Salvador Falklandinseln Finnland Frankreich mit Monaco Franz. Afar- und Issasgebiet Gabun Gambia Ghana Gibraltar Griechenland Großbritannien und Nordirland Guadeloupe, einschl. St. Bartholémy; nördl. Teil von St. Martin; Les Santes; Désirade und Marie-Galante Guatemala Guayana Guayana, Französisch- Guinea, Portugiesisch-; Kapverdische Inseln; Sao Tomé und Príncipe Guinea Guinea, Äquatorial- Haiti Honduras

\*) Bei Schweden und der Schweiz tritt an die Stelle des Durchfuhr-  
berechtigungsscheins eine beglaubigte Abschrift der Ausfuhrgeneh-  
migung.

Honduras, Britisch-; Bahamainseln; Bermuda  
 Hongkong  
 Indien  
 Irak  
 Iran  
 Irland  
 Island  
 Israel  
 Italien mit San Marino  
 Jamaika  
 Japan  
 Jemen  
 Jordanien  
 Jugoslawien  
 Kambodscha  
 Kamerun  
 Kanada  
 Kanarische Inseln  
 Katar  
 Kenia  
 Komoren  
 Kongo (Brazzaville)  
 Kongo (Kinshasa)  
 Korea, Süd-  
 Kuwait  
 Laos  
 Lesotho  
 Libanon  
 Libyen  
 Macau  
 Madagaskar  
 Malawi  
 Malaysia (Malaiischer Bund; Sabah; Sarawak)  
 Malediven  
 Mali  
 Malta  
 Marokko  
 Martinique  
 Maskat und Oman; Befriedetes Oman  
 Mauretanien  
 Mauritius  
 Mosambik  
 Mexiko  
 Nauru  
 Nepal  
 Neukaledonien; Wallis- und Futunainseln  
 Neuseeland; Cookinseln; Niue-Insel; Tokelau-Inseln  
 Nicaragua  
 Niederlande  
 Niger  
 Nigeria  
 Nordafrika, Spanisch-  
 Norwegen, Spitzbergen  
 Obervolta  
 Österreich  
 Ozeanien, Britisch-; Britische Salomoninseln; Fidschi;  
 Gilbert- und Ellice-Inseln; Canton und Enderbury;  
 Tonga; Neue Hebriden  
 Pakistan  
 Paraguay  
 Peru  
 Philippinen  
 Polynesien, Französisch-  
 Portugal einschl. Azoren und Madeira  
 Réunion  
 Ruanda  
 Sambia  
 Saudi-Arabien  
 Schweden  
 Schweiz; Liechtenstein  
 Senegal  
 Seychellen, St. Helena  
 Sierra Leone

Sikkim  
 Singapur  
 Somalia  
 Spanien  
 St. Pierre und Miquelon  
 Sudan  
 Südafrika, Republik; Südwestafrika  
 Südjemen  
 Surinam  
 Swasiland  
 Taiwan (Formosa)  
 Tansania  
 Thailand (Siam)  
 Timor, Portugiesisch-  
 Togo  
 Trinidad und Tobago  
 Tschad  
 Türkei  
 Tunesien  
 Uganda  
 Vatikanstadt  
 Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:  
 Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jung-  
 ferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe;  
 Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam,  
 Karolinen, Marianen, Marshallinseln  
 Vietnam, Süd-  
 Westafrika, Spanisch-  
 Westindien, Britisch-  
 Westsamoa  
 Zentralafrikanische Republik  
 Zypern

#### Länderliste G 1

Afghanistan  
 Andorra  
 Angola  
 Aruba  
 Äthiopien  
 Australischer Bund; Papua; Neuguinea; Norfolkinsel;  
 Kokosinseln  
 Bahrain  
 Belgien-Luxemburg  
 Bhutan  
 Birma  
 Botsuana  
 Brunei  
 Burundi  
 Ceylon  
 Costa Rica  
 Curacao einschl. Bonaire; Saba, St. Eustatius und südl.  
 Teil von St. Martin  
 Dahome  
 Dänemark und Färöer, Grönland  
 Dominikanische Republik  
 Elfenbeinküste  
 El Salvador  
 Falklandinseln  
 Finnland  
 Frankreich  
 Französisches Afar- und Issasgebiet  
 Gabun  
 Gambia  
 Ghana  
 Gibraltar  
 Griechenland  
 Großbritannien und Nordirland  
 Guatemala  
 Guayana  
 Guayana, Französisch-  
 Guinea, Portugiesisch-; Kapverdische Inseln;  
 Sao Tomé und Príncipe  
 Guinea

Guinea, Äquatorial-  
Haiti  
Honduras  
Honduras, Britisch-; Bahamainseln; Bermuda  
Hongkong  
Irland  
Island  
Israel  
Italien  
Jamaika  
Japan  
Jemen  
Jordanien  
Kambodscha  
Kamerun  
Kanada  
Kanarische Inseln  
Katar  
Kenia  
Komoren  
Kongo (Brazzaville)  
Kongo (Kinshasa)  
Korea, Süd-  
Kuwait  
Laos  
Lesotho  
Libanon  
Liberia  
Libyen  
Macau  
Madagaskar  
Malawi  
Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)  
Malediven  
Mali  
Malta  
Maskat und Oman, Befriedetes Oman  
Mauretanien  
Mauritius  
Mosambik  
Nauru  
Nepal  
Neukaledonien, Wallis- und Futunainseln  
Neuseeland; Cookinseln; Niue-Insel; Tokelau-Inseln  
Nicaragua  
Niederlande  
Niger  
Nigeria  
Nordafrika, Spanisch-  
Norwegen, Spitzbergen  
Obervolta  
Österreich \*)  
Ozeanien, Britisch-; Britische Salomoninseln; Fidschi;  
Gilbert- und Ellice-Inseln; Canton und Enderbury;  
Tonga; Neue Hebriden  
Panama ohne Kanalzone  
Paraguay  
Peru  
Philippinen  
Polynesien, Französisch-  
Portugal einschl. Azoren und Madeira \*)  
Réunion  
Ruanda  
Sambia  
Saudi-Arabien  
Schweden \*)  
Schweiz; Liechtenstein  
Senegal  
Seychellen, St. Helena

Sierra Leone  
Sikkim  
Singapur  
Somalia  
Spanien \*)  
St. Pierre und Miquelon  
Sudan  
Südafrika, Republik; Südwestafrika  
Südjemen  
Surinam  
Swasiland  
Taiwan (Formosa)  
Tansania  
Thailand (Siam)  
Timor, Portugiesisch-  
Togo  
Trinidad und Tobago  
Tschad  
Türkei  
Tunesien  
Uganda  
Uruguay  
Vatikanstadt  
Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:  
Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jung-  
ferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe;  
Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam,  
Karolinen, Marianen, Marshallinseln  
Vietnam, Süd-  
Westafrika, Spanisch-  
Westindien, Britisch-  
Westsamoa  
Zentralafrikanische Republik  
Zypern

#### Länderliste G 2

Afghanistan  
Andorra  
Angola  
Argentinien  
Aruba  
Äthiopien  
Australischer Bund; Papua; Neuguinea; Norfolkinsel;  
Kokosinseln  
Bahrain  
Belgien-Luxemburg  
Bhutan  
Birma  
Bolivien  
Botsuana  
Brasilien  
Brunei  
Burundi  
Ceylon  
Chile  
Costa Rica  
Curacao einschl. Bonaire; Saba, St. Eustatius und südl.  
Teil von St. Martin  
Dahome  
Dänemark und Färöer, Grönland  
Dominikanische Republik  
Ecuador  
Elfenbeinküste  
El Salvador  
Falklandinseln  
Finnland  
Frankreich  
Franz. Afar- und Issasgebiet  
Gabun  
Gambia  
Ghana  
Gibraltar

\*) Nur bei Versicherungen nach § 49 Abs. 1 Nr. 3.

Griechenland	Nicaragua
Großbritannien und Nordirland	Niederlande
Guatemala	Niger
Guayana	Nigeria
Guayana, Französisch-	Nordafrika, Spanisch-
Guinea, Portugiesisch-; Kapverdische Inseln; Sao Tomé und Príncipe	Norwegen, Spitzbergen
Guinea	Obervolta
Guinea, Äquatorial-	Ozeanien, Britisch-; Britische Salomoninseln; Fidschi; Gilbert- und Ellice-Inseln; Canton und Enderbury; Tonga; Neue Hebriden
Haiti	Pakistan
Honduras	Panama ohne Kanalzone
Honduras, Britisch-; Bahamainseln; Bermuda	Paraguay
Hongkong	Peru
Indien	Philippinen
Indonesien	Polynesien, Französisch-
Irak	Portugal einschl. Azoren und Madeira
Iran	Réunion
Irland	Ruanda
Island	Sambia
Israel	Saudi-Arabien
Italien	Schweden
Jamaika	Schweiz; Liechtenstein
Japan	Senegal
Jemen	Scyhellern, St. Helena
Jordanien	Sierra Leone
Kambodscha	Sikkim
Kamerun	Singapur
Kanada	Somalia
Kanarische Inseln	St. Pierre und Miquelon
Katar	Sudan
Kenia	Südafrika, Republik; Südwestafrika
Kolumbien	Südjemen
Komoren	Surinam
Kongo (Brazzaville)	Swasiland
Kongo (Kinshasa)	Taiwan (Formosa)
Korea, Süd-	Tansania
Kuwait	Thailand (Siam)
Laos	Timor, Portugiesisch-
Lesotho	Togo
Libanon	Trinidad und Tobago
Liberia	Tschad
Libyen	Türkei
Macau	Tunesien
Madagaskar	Uganda
Malawi	Uruguay
Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)	Vatikanstadt
Malediven	Venezuela
Mali	Vereinigte Staaten und zugehörige Gebiete:
Malta	Panamakanal-Zone; Puerto Rico; Amerikanische Jungferninseln; Riukiu-Inseln ohne nördliche Gruppe; Ozeanien, Amerikanisch-; Amerikanisch-Samoa, Guam, Karolinen, Marianen, Marshallinseln
Marokko	Vietnam, Süd-
Maskat und Oman, Befriedetes Oman	Westafrika, Spanisch-
Mauretanien	Westsamoa
Mauritius	Zentralafrikanische Republik
Mexiko	Zypern
Mosambik	
Nauru	
Nepal	
Neukaledonien, Wallis- und Futunainseln	
Neuseeland; Cookinseln; Niue-Insel; Tokelau-Inseln	

**Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,**

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
9. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 1989/68 des Rates betreffend die Durchführung von Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung Nr. 25 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik für den Verbuchungszeitraum 1964/1965	11. 12. 68	L 297/1
9. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 1990/68 des Rates zur Festsetzung der monatlichen Zuschläge zum Marktrichtpreis, zum Interventionspreis und zum Schwellenpreis für Olivenöl im Wirtschaftsjahr 1968/1969	11. 12. 68	L 297/2
6. 12. 68 Entscheidung Nr. 1991/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen des belgischen Königreichs zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/12
6. 12. 68 Entscheidung Nr. 1992/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/14
6. 12. 68 Entscheidung Nr. 1993/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen des Königreichs der Niederlande zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/17
6. 12. 68 Entscheidung Nr. 1994/68/EGKS der Kommission über die Genehmigung von Beihilfen der Französischen Republik zugunsten der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für das Jahr 1968	12. 12. 68	L 298/18
9. 12. 68 Entscheidung Nr. 1995/68/EGKS der Kommission, mit der die Bundesrepublik Deutschland ermächtigt wird, die Mengen zollfreier Einfuhrkontingente im Rahmen der für das zweite Halbjahr 1968 getroffenen halbjährlichen Zollmaßnahmen zu ändern	12. 12. 68	L 298/20
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 1996/68 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	11. 12. 68	L 297/3
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 1997/68 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	11. 12. 68	L 297/4
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 1998/68 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	11. 12. 68	L 297/6
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 1999/68 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	11. 12. 68	L 297/7
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2000/68 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Schweinefleischsektor für den am 23. Dezember 1968 beginnenden Zeitraum	11. 12. 68	L 297/8
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2001/68 der Kommission über den Verkauf bestimmter Erzeugnisse, die Gegenstand von Interventionsmaßnahmen auf dem Schweinefleischsektor gewesen sind	11. 12. 68	L 297/12
10. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2002/68 der Kommission zur Änderung des Betrages der Beihilfe für Olsaaten	11. 12. 68	L 297/14
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2003/68 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	12. 12. 68	L 298/1
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2004/68 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	12. 12. 68	L 298/2

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2005/68 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	12. 12. 68	L 298/4
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2006/68 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	12. 12. 68	L 298/5
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2007/68 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse	12. 12. 68	L 298/6
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2008/68 der Kommission zur Festsetzung der Erstattung bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand von Weißzucker und Rohzucker	12. 12. 68	L 298/7
11. 12. 68 Verordnung (EWG) Nr. 2009/68 der Kommission zur Festsetzung der Ausschreibungsbedingungen für den Verkauf im Besitz der französischen Interventionsstelle befindlicher Sonnenblumenkerne	12. 12. 68	L 298/9

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., 5 Köln 1, Postfach.  
 Druck: Bundesdruckerei Bonn.

**Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.**

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Lautender Bezug nur durch die Post. Neubestellung mittels Zeitungskontokarte an einem Postschalter. **Bezugspreis** vierteljährlich für Teil I und Teil II je 8,50 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,40 DM gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe 0,80 DM zuzüglich Versandgebühr 0,20 DM.

**Bestellungen bereits erschienener Ausgaben sind zu richten an: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach.**